



## Deutschland.

Berlin, 21. Jan. [Se. Majestät der König] begab Allerhöchstes gestern um 11½ Uhr auf das königliche Schloß zum Ordensfest und kehrte um 4½ Uhr von dort zurück. Abends besuchte Allerhöchsteselbe das Schauspielhaus.

Heute hält Se. Majestät der König eine Jagd auf Damwild im Grunewald ab.

[Ihre Majestät die Königin] war vorgestern in der 3. Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins und heute bei der Feier des 25-jährigen Jahrestages des Anglicanisch-Goangelischen Jerusalem-Vereins anwesend.

Ihre Majestät empfing den Besuch Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Ludwig von Hessen, Prinzessin Alice von Großbritannien und Irland.

[Se. Königl. Hoheit der Kronprinz] begab sich am 19ten Früh nach Potsdam zur Rekrutenebestützung durch Se. Majestät den König und empfing Nachmittags den Staatsminister a. D. Grafen von Schwerin.

[Bei J. k. hoh. der Kronprinzessin] hatten der Rittmeister Graf v. Röder vom 2. Leib-Husaren-Regiment und der Prof. Werder Audienzen. Abends empfingen die höchsten Herrschaften die Minister v. Watzdorf und v. Seebach. Gestern wohnten Höchsteselbe der Feier des Ordensfestes bei, besuchten Abends das Opernhaus und empfingen auf dem Anhaltschen Bahnhofe Se. hoh. den Prinzen und J. k. h. die Prinzessin Ludwig von Hessen.

Dem königl. Ober-Marschall-Roßarzt Dominik zu Berlin ist unter dem 18. Januar 1867 ein Patent auf eine als neu und eignthümlich erachtete Schärungsart für Hufeisen, in der durch zwei Modelle nachgewiesenen Zusammenziehung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für sämmtliche zum Gebiete des deutschen Zollvereins gehörige Landestheile des preußischen Staats ertheilt worden. (St.-A.)

Berlin, 21. Jan. [Dementi.] — Organisation. — Erklärungen. — Statistisches.] Die heutige „Mont.-Z.“ wärmt das Gerücht wieder auf, der König wolle zur Ausstellung nach Paris fahren; ob dies geschehen wird oder nicht, darüber kann man aber noch gar nichts sagen, nur daß die Reise noch in keiner Weise beschlossen ist, steht fest. Auf so lange Zeit hinaus pflegen derartige Dispositionen nicht getroffen zu werden, zumal für einen Sommer wie diesen, wo so viele wichtige Fragen der Erledigung harren. Daß das Hotel des preußischen Botschafters in Paris zum Empfange von Gästen eingerichtet wird, beweist noch gar nichts dafür, daß dieser Gast der König sein müsse und macht es eben nur wahrscheinlich, daß überhaupt eine oder die andere hochgestellte Persönlichkeit in jener interessanten Zeit Paris besuchen wird. — Ueber die bevorstehende Organisation der neuen Landestheile circuliren allerlei Gerüchte, die meist verfrüht oder falsch sind; das allerdings dürfte richtig sein, daß die Absicht vorliegt, aus Kurhessen, Nassau, Frankfurt, den bairischen u. darmstädtischen Distrikten eine große Provinz zu machen, aber darüber steht noch nichts fest, daß dieselbe in drei Regierungsbezirke getheilt werden sollte. Wahrscheinlich ist es, daß dieser Provinz, dann auch das in diese Gebietsteile eingeschlossene Stück von Westphal angefügt werden wird, während darüber noch gar nichts bestimmt ist, daß Ostfriesland in die Verwaltungssphäre von Westfalen fallen solle. Ebenso irrtümlich ist die noch immer hier und da auftauchende Nachricht, daß die Regierung die Absicht haben solle, ein Fürstenhaus in Vorschlag zu bringen; wie wir aus gut unterrichteter Quelle hören, soll dies absolut unwahr sein. — Es laufen jetzt allmäßig von allen Regierungen des norddeutschen Bundes die Angelegen ein, daß sie in Übereinstimmung mit dem preußischen Circular den Wahltermin für das norddeutsche Parlament auf den 12. Februar festgesetzt haben, so am 15. Januar von Mecklenburg-Strelitz, am 16ten von Sachsen-Weimar, am 14ten schon von Oldenburg, am 16ten noch von Lübeck und Schwarzburg-Rubensdorf, am 17ten von Braunschweig, am 18ten von Mecklenburg-Schwerin und am 19ten hat Bremen den Wahltermin im Gesetzblatt bestimmt. — Das Princip, die theoretisch-praktischen Ackerbauschulen in theoretische umzuwandeln, gewinnt immer größere Ausdehnung. So ist jetzt auch in Bezug auf die Ackerbauschule zu Nohscheidt bei Trier von den beteiligten Kreisen bei dem Ministerium darauf angetragen worden, dieselbe so umzuwandeln, daß sie einen rein theoretischen Charakter erhalten. — Es ist jetzt eine eingehende statistische Bearbeitung der Bevölkerung Berlin's veranstaltet worden. Danach beträgt die Zahl der Einwohner im Ganzen 632,379. Von der Civilbevölkerung sind 306,625 männlichen und 302,618 weiblichen Geschlechts. Dieser Unterschied (4007) ist allerdings sehr gering, doch stellt er sich in den verschiedenen Altersklassen verschieden und größer. So ist in den Jahren von 26—25 die Zahl der Männer überwiegend, vom 51. ab aber die der Frauen und wird diese Überzahl mit den höheren Jahren immer größer. Dagegen zeigt sich eine große Übereinstimmung in den Jahren, in welchen gewöhnlich geheirathet wird, nämlich bei den Männern von 26—35 Jahren 64,771, und bei den Frauen zwischen 16 und 25 nämlich 63,600, so daß der ganze Unterschied 1171 beträgt. Interessant ist dabei, die Herkunft der in Berlin sich befindenden Einwohner zu constatiren, wobei sich findet, daß nicht einmal die Hälfte der in Berlin Wohnenden wirklich in Berlin geboren ist, nämlich von 607,309 nur 302,348; die Uebrigen sind zugezogen und zwar 269,499 aus dem übrigen preußischen Gebiet und 31,205 aus dem übrigen Deutschland 4257 aus nicht deutschen Ländern. Die Uebersiedelung nach Berlin aus den einzelnen Provinzen wächst mit der größeren Nähe, nämlich aus Brandenburg 121,855, aus Schlesien 43,040, aus Sachsen 41,480, aus Pommern 24,839, aus Polen 15,167, aus Preußen 14,993, aus den Rheinlanden 4805, aus Westfalen 3224, aus Hohenzollern 71, aus dem Lahgegebiet 25. Nach den Procenten gegen die Bevölkerungszahl der Provinzen gehalten, stellt sich das Verhältnis wie folgt: Aus Brandenburg 6 pCt., aus Sachsen 2 pCt., aus Pommern 1½ pCt., aus Schlesien 1½ pCt., aus Polen 1 pCt., die anderen darunter. (N. Pr. 3.)

[Dementi.] Die Nachricht eines Frankfurter Blattes über die bevorstehende Eintheilung der zu bildenden Provinz Hessen in drei Regierungsbezirke mit den Städten Kassel, Hanau und Wiesbaden wird der „N. Pr. 3.“ als unbegründet bezeichnet.

[Norddeutscher Verein.] Wie die „N. Pr. 3.“ hört, wird die Bildung eines Norddeutschen Vereins vorbereitet, um die Verschmelzung der Interessen der alten Provinzen mit den neuen zu befördern.

[Postalisch.] Die von Seiten des Fürsten von Thurn und Taxis mit den Verhandlungen wegen Ueberlassung des fürstlichen Postwesens an Preußen beauftragten Bevollmächtigten, der vortragende Rath

v. Gruben und der General-Postdirektor Nippberger, sind in diesen Tagen von Regensburg hier eingetroffen. Die Verhandlungen, welche preußischerseits von dem Geheimen Legationsrat v. Bülow, dem Geheimen Postrat Stephan und dem Regierungs-Assessor Hoffmann geführt werden, haben bereits ihren Anfang genommen.

Thorn, 18. Januar. [Zu den Wahlen.] Das polnische Central-Wahl-Comite für die Abgeordnetenwahlen zum norddeutschen Reichstage in Westpreußen, bestehend aus den Rittergutsbesitzern Herrn v. Jadowski auf Lipnien, Leo v. Czarlnski auf Zatzewo, Stanislaus v. Radtkevicz auf Briesen, Ignaz v. Lyskonski auf Militschow, Joseph v. Nowicki in Konst, Theophil v. Rozyczki auf Biechow, hat im Einverständniß mit den Kreisen folgende Candidaten-Liste aufgestellt: 1) Wahlkreis Löbau-Rothenberg: Rittergutsbesitzer Eusebius v. Rosyki auf Giebowo; 2) Wahlkreis Strasburg-Grauden: Rittergutsbesitzer Ignaz v. Lyskonski auf Militschow; 3) Wahlkreis Kulm-Thorn: Rittergutsbesitzer Leo v. Czarlnski auf Zatzewo; 4) Wahlkreis Konitz: Kreisrichter Dełowski aus Neustadt bei Danzig; 5) Wahlkreis Schlochau-Platau: Propst Krolowski aus Waldau; 6) Wahlkreis Deutsch-Krone: Propst Tuszynski aus Szrock; 7) Wahlkreis Starogard-Berent: Rittergutsbesitzer H. v. Jadowski auf Lipnien; 8) Wahlkreis Neustadt-Karthaus: Rittergutsbesitzer Emil v. Czarlnski auf Bronckow; 9) Wahlkreis Marienwerder-Stuhm: Rittergutsbesitzer Theodor v. Donimirski auf Buchow; 10) Wahlkreis Kreis Danzig: Propst Povielki auf Trombi; 11) Wahlkreis Schwedt: Rittergutsbesitzer Stanislaus Radtkevicz auf Briesen. — Das Comite rechnet auf den Zwiespalt der deutschen Parteien und hofft, seine Candidaten gleichtheils durchzubringen. Für die überwiegend deutschen Wahlkreise hat es, mit Rücksicht auf die deutsch-katholische Bevölkerung, Geistliche als Candidaten aufgestellt. (N. Pr. 3.)

△▽ Bon der Eider, 20. Jan. [Die Einverleibung. — Schneesturm. — Zollvereinsfrage. — Die Parlamentswahlen.] Das heute erschienene „Verordnungsblatt“ enthält das Gesetz vom 24. Dezember 1866, betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit der preußischen Monarchie. Es verlaunt außerdem, daß die Veröffentlichung des Einverleibungspatents am 24. o. M. im Beisein des Generals v. Manteloff, des Frhns. v. Leditz und der Oberbeamten beider Herzogthümer durch den Ober-Präsidenten Baron v. Scheel-Plessen vollzogen werden wird. — Nach den „Wagnerschen Blättern“ soll der vor einigen Jahren trockengelegte Klostersee bei Eismar (Östholstein) in Folge Damm- und Schleusenbruches überschwemmt und bei Dahmen ein Haus vom Ostuferwasser gänzlich weggerissen worden sein. — Der Schaden, welchen der Schneesturm am verwichenen Mittwoch an der großen Schleibrücke bei Gapeln anrichtete, ist erfreulicherweise nicht so groß, als ursprünglich per Telegraph veranschlagt. Das berichtet der Cappeler „Schles.-Blatt“ unter dem Hinzuflügen, daß Frhr. v. Leditz Entschädigung aus Staatsmitteln wie auch eventuell Uebernahme der zerstörten Brücke für Rechnung des Staates versprochen habe. — Wie die „Altonaer Nachrichten“ mittheilen, sollen sich bereits mehrere Vereine und Gewerke in Altona auf Veranlassung einer dort in der Zollvereinsfrage gebildeten Gesellschaft Commercirender für den Anschluß Altona's an den Zollverein entschieden haben. Außerdem ist in einer Altonaer Versammlung größter Detailisten selbst für den Fall der Anschluß Altona's an den Zollverein beschlossen worden, wenn Hamburg Freihafen bleiben sollte. Jetzt ist ein Comite zusammengetreten, welches neue Versammlungen berufen wird. — Nach der „Kieler Zeitung“ haben sich in den meisten Ortschaften der Westküste im Interesse des Neumünster'schen Programms Wahleomite's gebildet. In dem „Husumer Wochenblatt“ wird dagegen von Herrn Hermann Wiggers die für Stadt und Umgegend Husum in Aussicht genommene Parlaments-Candidatur des früheren Amtmannes Thomesen-Oldenswort heftig angegriffen. Herr Thomesen sei einer der eifrigsten Anhänger des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg gewesen und bezieht trotz seiner Klagen über unmotivierte Verausgabung der Landeskünste aus der Staatskasse eine Jahrespension von 2000 Thaler. Der frühere schleswig-holsteinische Statthalter Wilhelm Befeler sei hingegen aus innigster Überzeugung als Parlaments-Candidat zu empfehlen. — Die Altonaer Anhänger des Neumünster'schen Programms haben in einer vorgestern abgehaltenen Versammlung definitiv die Candidatur des ehemals hanseatischen Minister-Residenten in London, Dr. Schleiden, beschlossen, während die unabhängige Kaufmannschaft an dem Kaufmann Pustau und die zahlreiche Arbeiterpartei an dem Instituts-Vorsteher Bünger festhält.

Frankfurt a. M., 20. Januar. [Tagesbericht.] Das „Amtsblatt“ enthält ein provisorisches Reglement zu der Erbs-Instruktion vom 9. Dezember 1858 wegen Anlegung und Führung der Militär-Stammrollen, sowie über Anfertigung von Geburts- und Sterbelisten u. s. w. vom 5. Januar 1867. Ferner zeigt das „Amtsblatt“ an, daß dem Kaufmann Theodor Stockhausen hier selbst seitens des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten das Exequatur für biesige Stadt als Vice-Consul der Republik Uruguay ertheilt worden sei. — Die Frankfurter Bürgersöhne im preußischen Waffenrock durchwandern jetzt cordial mit ihren preußischen Kameraden die Straßen, und man wundert sich nicht wenig, daß dieser Waffenrock so rasch eine solche Umwandlung hervorgebracht hat. Auch erzählt man, daß dieser Tage ein hiesiger Bankier, dessen Sohn bei den hier liegenden Dragonern eingetreten ist, sämmtliche preußische Dragoner-Offiziere zu einem von ihm gegebenen Feste einzuladen. — Die Frankfurter Stempel sind jetzt durchgängig durch preußische Stempel ersetzt worden. — Es ist ein empfindlicher Mangel an Scheidemünze (besonders an Kreuzern) hier eingetreten, so daß die Behörde sich veranlaßt sah, solche in Masse aus Darmstadt kommen zu lassen. (N. Pr. 3.)

Freiburg i. Br., 17. Jan. [Einberufung.] In die durch den Abgang des (nach Halle a. S. berufenen) Professors de Bary erledigte Professur der Botanik an hiesiger Universität nebst Direction des botanischen Gartens ist der Professor Jul. Sachs von der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Poppelsdorf bei Bonn berufen worden. (N. Pr. 3.)

Wien, 20. Januar. [Das Programm des Fürsten Hohenlohe.] „Wien muß aufhören, Residenz zu sein, die deutschen Staaten müssen als Nebenländer, als Grenzprovinzen betrachtet; der Sitz der Regierung muß tief in Ungarn aufgeschlagen werden“ — so schrieb Friedrich v. Gentz, als er mit der Ausarbeitung eines Regenerationsplanes für die Monarchie nach Auflösung des römischen Reiches beauftragt war, am 4. August 1806 an Johannes v. Müller. Michael Horwath, Cultusminister unter Kossuth, stellt diese Worte heute an die Spitze seines eben erschienenen Werkes, welches die Geschichte Ungarns von 1823 bis 1848 behandelt — und wer Augen hat zu sehen, der muß täglich neue Anzeichen dafür wahnehmen, daß dieser Plan in Erfüllung geht. Das Programm, welches Fürst Hohen-

lohe in der Kammer über die Zukunftspolitik Baierns entwickelt hat und das hier wie eine platzende Bombe gewirkt haben muß, sieht unter diesen Symptomen oben an. Daß man in München nicht eben allzu freundlich auf Österreich zu sprechen sei, das hatten wir freilich schon zur Genüge aus den dreisten Reden von der Pförtner's entnehmen können, in denen sich die Renommage, daß Bayern nicht Eine Kanone an Preußen verloren habe, denn wohl ziemlich komisch aussahm. Auch die offiziösen Münchener Brochüren hatten das Thema „sich ist Haus Österreich“ bis zum Überdrusse variirt, diesen Ausdruck sogar schon dem verstorbene König Max auf seinem Todtentbett in den Mund gelegt. Wohl war es nach der Haltung, welche Bayern und seine Feldherren während des Krieges gegen uns beobachtet, nahezu eine Frechheit, wenn eines dieser schamlosen Pamphlete mit der Fanfaronade schloß: „Österreich habe wie immer Bayern verrathen, indem es trotz bestegelter Verträge einen einseitigen Frieden geschlossen.“ Immerhin aber kann man sich in Wien heute nicht darüber täuschen, daß Fürst Hohenlohe, wenn er nicht nur den schleunigsten Anschluß an Preußen, sondern sogar die Unterordnung des bairischen Heeres unter preußischen Oberbefehl verlangt, blos das ausführt, was z. B. das Libell „der Bundesfeldzug in Bayern“ gleich nach Beendigung des Krieges ausgesprochen. „Zweierlei Gewinn — heißt es am Schlusse der erwähnten Schrift — hat Bayern aus diesem Kriege gezogen: nie wieder wird es eine Allianz mit Österreich schließen und dann wird es den nüchternen, durch von der Pförtner gestützten Großmacht- und Tiasideen für immer entlogen, die ihm so thuer zu stehen gekommen sind.“ Diese Prophezeiung hat sich nunmehr in weit kürzerer Frist und in viel größerem Umfange erfüllt, als unsere Staatsmänner sich jemals träumen ließen. Und wenn die Politiker der Sitzungsära noch immer dreist die handgreifliche Wahrheit leugnen, daß Königgrätz die naturnothwendige Consequenz der Verfassungssuspension war, so können sie heute wenigstens nicht mehr bestreiten, daß der Plan des Grafen Belcredi und des Baron Beust, Deutschösterreich zu slavistiren, wie derselbe im Januar-Patente ohne Feigenblatt in voller Nacktheit auftritt, dem Fürsten Hohenlohe die mächtigste Handhabe geboten hat, in Bayern der kleindeutschen Politik zu einem durchgreifenden Siege zu verhelfen. Seine Durchlaucht will von einem Südbunde unter Österreichs Führung nichts wissen, „weil dort das deutsche Element sichlich in den Hintergrund tritt“. Das ist klar und deutlich! Die Nikolsburger Präliminarien könnten Österreichs Ausweisung aus Deutschland doch am Ende nur auf dem Papiere decrettieren. Im Norden hat es ohnedies niemals einen Einfluß besessen, der über die Möglichkeit, Preußen mittelst der Kleinstaaten Prügel zwischen die Füße zu werfen, binausgereicht hätte. Die moralische und thatächliche Bedeutung Österreich's für den Süden aber konnte kein Prager Vertrag lassiren: das hat erst Baron Beust mit dem Januarpatente und der Consolidirung der Belcredi'schen Slavifizierungspolitik gehalten. Ich gehöre nicht zu den Verkleinern der Thatkraft des Grafen Bismarck! aber beim Himmel, der Mann hat auch ein Glück, das an's Wunderbare streift! Denn das sieht doch ein Kind ein, daß das Regime Beust-Belcredi zu nichts Anderem als zur Verwandlung Deutschösterreich's in ein neues Venetien führen kann, auf welches dann naturgemäß Bayern die Attractionskraft der „moralischen Eroberungen“ auszuüben hätte. Damit aber wären wir dann bei jenem Arrangement angelangt, welches schon vor dem Kriege Bayern den Gewinn von Salzburg und Tirol garantiren wollte!

9. Aus Westgalizien, 20. Jan. [Zur Frage der russischen Consulate. — Die Moskauer Propaganda für die Ruthenen. — Festessen in der ruthenischen „Beseda“. — Politische Wünsche.] Wenn ich Ihnen in meinen jüngsten Briefen geschrieben, daß die russische Propaganda unter den Ruthenen Galiziens unserem auswärtigen Amte viel Sorgen bereitet und die politischen Beziehungen zwischen Wien und Petersburg trotz des ziemlich ungeschickten offiziellen Läugnens, sich täglich verschärft gestalten, so haben die gestern hier eingetroffenen Deutschen und Mittheilungen jene Ihnen von mir zugegangenen Nachrichten vollständig bestätigt. Ich meine hiermit vornehmlich die gestern Abend eingelangte Depesche, nach welcher unser Statthalter Graf Goluchowski plötzlich nach Wien gereist sei, „um dort seinen ganzen Einfluß gegen die Errichtung russischer Consulate in Lemberg und Krakau aufzubieten“. Heute Morgen aus Lemberg hier eingelangte Nachrichten wollen zwar wissen, Graf Goluchowski sei noch nicht abgereist, aber wenn dem auch so, so würde dies an der Sachlage wenig ändern und es steht mehr als je fest, daß die galizische Frage und ihre heiklen Beziehungen zu Russland stets in deutlicheren Umrissen vor die österreichische Regierung tritt. Wer nur einigermaßen Geschick und Gelegenheit hat, das Wesen der politischen Dinge, wie sie hier sich entwickeln, zu durchblicken, der wird begreifen, daß über kurz oder lang Galizien gleichsam als zweites Venetien der österreichischen Regierung sehr gefährliche Verlegenheiten bereiten kann, aus welchen man in Wien sich kaum so wohlfeilen Kaufes ziehen darf, als durch den jüngsten preußisch-italienischen Krieg! — Nicht minder bemerkenswert als die Reise Goluchowskis nach Wien ist die Nachricht, daß in Moskau zu Gunsten der galizischen Russen (so nennt man schon in Russland die galizischen Ruthenen) Vorlesungen und Concerte stattgefunden, deren man auch zum gleichen Zwecke in Petersburg unter dem Protectorate des Großfürst-Thronfolgers erwartet! Wir sind in der That neugierig, was zu diesen interessanten Dingen die offiziösen Wiener Journale sagen werden, deren komischer Haupfehler darin besteht, ihre Leser für gerade so einfältig zu halten, als ihre par Ordre du Multi betriebene Politik. — Um nun wieder auf die von Russland vorgeschlagenen Consulalte in Lemberg und Krakau zurückzukommen, so mag es vielleicht trotz des Einflusses Goluchowskis geschehen, daß das bisher in Brody bestandene russische Consulat die Errichtung erhält, nach Lemberg zu übersteteln; aber in Krakau, welches als fester Platz erklärt worden ist, ist die Etablierung einer russischen Agentenschaft schon aus dem Grunde unmöglich, weil es gegen alle internationalen Gesetze verstößt, in Festungen diplomatische Consulate zu errichten. — Unsere Ruthenenführer, welche aus ihren Sympathien für Russland längst kein Heil mehr machen und ihren Annexionsgeflüsten an das Czarenreich bei jeder Gelegenheit Ausdruck geben, sind selbstverständlich über die obenerwähnten Nachrichten in großen Jubel gerathen. Vorgestern Abends ward unter Anderem in der ruthenischen „Beseda“ (Castro) zu Lemberg ein Festessen gegeben, wobei der ruthenische Priester Naumowicz unter Anderem ausrief, „innen drei Jahren werde auf der Lemberger

